



Leben in Ostdeutschland und Nordrhein-Westfalen 2011

Nachricht von Gesine Löttsch, 13. September 2011

Zur Pressekonferenz anlässlich der Präsentation der Studie „Leben in Ostdeutschland und Nordrhein-Westfalen 2011“ mit Gesine Löttsch und Reinhard Liebscher (Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V.)

Wer steuert Deutschland?

Wer hat den größten Einfluss auf politische Entscheidung in Deutschland? Für die meisten Menschen ist es sonnenklar: Sie denken, dass große Lobby-Gruppen wie Banken oder Stromkonzerne mehr Einfluss auf politische Entscheidungen haben als Abgeordnete selbst.

Wie schätzen Sie den Einfluss ein von ...? - in Prozent - Skalenwert "sehr groß und groß", nach Regionen
Repräsentative Studie in Ostdeutschland und NRW
Dies zeigt eine für Ostdeutschland (inklusive Ost-Berlin) und Nordrhein-Westfalen repräsentative Studie, die vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. im Auftrag der Linksfraktion erstellt wurde. Über 2.000

Menschen im Osten und in NRW wurden zu ihrer Meinung über aktuelle Themen und Probleme befragt: zum Beispiel die Besteuerung großer Erbschaften, die geringe Repräsentanz von Ostdeutschen in gesamtdeutschen Führungspositionen, die Privatisierung von Kindergärten oder die deutsche Einheit. Ergebnisse Die Mehrheit der Menschen unterstützt Forderungen der Linksfraktion, zum Beispiel die Einführung einer Bürgerversicherung oder die Abschaffung der Rente mit 67. Selbst die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns wird von der Mehrheit der Menschen in Ost und West gefordert. Außergewöhnlich dabei: Selbst mehr als die Hälfte der FDP-Anhänger in NRW und im Osten spricht sich für die Einführung eines Mindestlohns aus.

Auch überraschend: Die deutsche Einheit und die Beendigung von Benachteiligungen vieler Ostdeutscher ist kein reines Ossi-Thema: Denn selbst die Mehrheit der Menschen in NRW (86 Prozent) ist der Ansicht, dass endlich überall in Deutschland für gleiche Arbeit auch gleicher Lohn gezahlt werden sollte. Kanzlerin Merkel irrt also, wenn sie denkt, der Osten gehe nur die Menschen in Ostdeutschland etwas an. Die Studie zeigt deutlich: Der Osten muss wieder auf die politische Tagesordnung geholt werden.

Ein weiteres interessantes Ergebnis: Mehr als die Hälfte der Befragten meint, dass einzelne Parteien teilweise von den Medien bevorzugt würden. Das glauben die meisten Menschen von der CDU (mit 40 Prozent). Bündnis 90/Die Grünen, CSU, SPD und FDP liegen um die 20 Prozent. Eine Bevorzugung von DIE LINKE durch die Presse sehen aber nur 9 Prozent im Osten und 5 Prozent in NRW.

Parteien, die von den Medien bevorzugt werden, nach Regionen, nur Befragte, die eine Bevorzugung einzelner Parteien erkennen - in Prozent

